Aktionsbündnis für verantwortungsvollen AKW-Rückbau
Wie geht es weiter mit den Einleitungen in die Elbe?
Inzwischen hat sich ein Aktionsbündnis von Menschen gegründet, die sich bereits oft und seit vielen Jahren gegen Atomkraftwerke engagierten. Alle begrüßen den Ausstieg aus der Atomkraft, treten aber nun aktuell beim Rückbau für eine weitgehende Reduzierung der radioaktven Einleitungen aus dem AKW Brunsbüttel ein.
Bei den Treffen wurden zuerst Kenntnisse zusammengetragen und ausgetauscht, um die Einleitungen von radioaktiven Wasser in die Elbe beurteilen zu können:

- Welche radioaktiven Stoffe werden im Wasser sein?
- Wird das technisch Mögliche gemacht?
- Wird Vattenfall in ausreichendem Maße in die Pflicht genommen – unabhängig von der Kostenfrage?

Anfragen an kommunale politische Vertreter und das niedersächsische Umweltministerium
Um den Antworten ein Stück näher zu kommen, wandte sich das Aktionsbündnis an die regionalen Vertreter der Kommunen: den Landrat Kai-Uwe Bielefeld, den Landrat in Stade Michael Roesner den Oberbürgermeister Cuxhavens Dr. Ullrich Getsch sowie den Samtgemeinde Land Hadeln Harald Zahrte mit der Bitte, sich für einen Erörterungstermin auf dieser Elbseite einzusetzen. Außerdem sieht das Bündnis sie in der Verantwortung für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in der Region. „Hier erhielten wir unterstützende Stellungnahmen der kommunalen Vertreter, sie wiesen auch auf entsprechende Beschlüsse der Gremien hin“, so René Niedermeyer vom Aktionsbündnis. „Gleichzeitig brachten sie zum Ausdruck, dass sie ihre Verwaltung nicht über das spezifische Fachwissen zur Beurteilung des Strahlenschutzes verfügen.“
Die Antwort des niedersächsischen Umweltministers Olaf Lies steht noch aus, an ihn wurden fachliche Fragen zur Einleitung sowie zum Verfahren der Prüfung gestellt. Wie kann garantiert werden, dass Vattenfall die bestmögliche Filtertechnik einsetzt und wie wird die Einhaltung der Grenzwerte geprüft?

Offener Brief an den Umweltminister Herrn Albrecht in Schleswig-Holstein
Die Hauptansprechpartner sind in Schleswig-Holstein. Denn dort werden die Verfahren zum Abbau bzw. zur Einleitung des Wassers in die Elbe genehmigt. Somit richtete das Aktionsbündnis ein Schreiben an den Schleswig-Holsteinischen Umweltminister Jan-Philipp Albrecht. „Wir formulierten unsere Erwartungen:
Auskünfte über die Art der radioaktiven Stoffe, Auskünfte über die Filtertechnik und eine Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren radioaktiver Stoffe durch ‚allgemein als vertrauenswürdig anerkannter Experten und Expertinnen‘ sowie eine Thematisierung im Landtag“, so Elke Roskosch-Buntemeyer vom Aktionsbündnis. „Die Antwort, die uns ca. drei Wochen später erreichte, ist sehr ausführlich.“

Antwort des Umweltministeriums Schleswig-Holstein wirft neue Fragen auf
Der schleswig-holsteinische Umweltminister geht darauf ein, welchen Grenzwert die Strahlenschutzverordnung bestimmt (nämlich 0,3 mS/a) und dass dieser durch immer besser angewendete Filtertechnik im laufenden Betrieb des AKWs in den letzten Jahren nie ausgeschöpft wurde. Hier sehen die Aktiven im Aktionsbündnis einen Widerspruch: Einerseits besteht dieser recht großzügige Grenzwert für die AKW-Betreiber, der in den 80er Jahren festgelegt wurde. Andererseits gibt es technische Möglichkeiten der Reduzierung und auch ein im Strahlenschutzgesetz verankertes Minimierungsgebot bei radioaktiven Belastungen.
Das Aktionsbündnis stellt sich die Frage, warum die politischen Vertreter hier keine klareren Vorgaben machen. Diese und weitere Fragen, die eine genauere Überprüfung des Vorgehens von Vattenfall betreffen, wurden in einem zweiten offenen Brief an den Umweltminister formuliert und abgeschickt.: „Wir sehen es als Aufgabe des Gesetzgebers, dafür zu sorgen, dass auch dann die besten Filter eingesetzt werden, wenn sie vielleicht mehr Kosten

verursachen. Wir hoffen, dass unsere Fragen und Anmerkungen dem Umweltministerium hilfreich sind für weitere Verhandlungen mit Vattenfall," so Maria Jarowoy vom Aktionsbündnis.

Weitere Anfragen von politischen Gremien, Einzelpersonen und Initiativen
Viele sind bei den Nachfragen, die der Sensibilisierung für einen verantwortungsvollen Rückbau der Atomkraftwerke dienen, eingebunden: die örtlichen Landtagsabgeordneten Uwe Santjer und Thimo Röhler sind dabei, Eva Viehoff stellte eine Anfrage an die niedersächsische Landesregierung, die Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl wurde wegen des Minimierungsgebots angefragt. Die Kontakte zur „Bürgerinitiative Driftsethe gegen Deponien" oder zum BUND in Schleswig-Holstein sind geknüpft.

Veranstaltung in Otterndorf am 20. Juni in den Seelandhallen in Otterndorf
„Wir wollen, dass die radioaktiven Belastungen beim AKW-Rückbau so gering wie möglich sind. Dazu fordern wir alle Akteure auf, immer zuerst Umwelt und Menschen im Blick zu haben und auf Vattenfall mit allen Mitteln einzuwirken, die Gefahr der radioaktiven Belastung hoch einzuschätzen und abzuwehren. Verdient haben die Atomkonzerne reichlich beim Betrieb – nun dürfen die Kosten beim Abriss/Rückbau nicht ins Feld geführt werden," so fasst Silke Eulenstein die Ziele zusammen.
Momentan plant das Aktionsbündnis eine Veranstaltung für den 20. Juni. Thematisiert werden sollen alle Problematiken rund um den Abriss von AKWs, insbesondere aber die Wasserbelastung. Auch sollen rechtliche Fragen aufgegriffen werden. „Wir gehen davon aus, dass viele Bürger*innen wissen wollen, welche gesundheitlichen Belastungen auf sie zukommen und ob Mensch und Umwelt ausreichend geschützt werden", benennt Norbert Welker die Inhalte der geplanten Veranstaltung.

Hintergrund:
Sie erinnern sich: Im letzten Jahr reichten über 4000 Bürger*innen Ihre Einwendungen gegen eine „gehobene wasserrechtliche Erlaubnis" im Zuge des AKWs Brunsbüttel ein. Vattenfall will 20 Jahre lang radioaktiv belastetes Kühlwasser in die Elbe leiten.
Die Sammeleinwendungen begannen folgendermaßen: Grundsätzlich befürworte ich den Abriss des AKW Brunsbüttel. Doch Vattenfall plant einen Abriss, der mit unnötig hohen Einleitungen radioaktiver Stoffe in die Elbe verbunden ist. Deshalb bin ich in meinem Recht auf körperliche Unversehrtheit verletzt.
Die Energiegenossenschaft Otterndorf war eine der führenden Kräfte, als es darum ging, möglichst viele Unterschriften unter die Sammeleinwendungen zu erhalten. Auf ihre Initiative hin schlossen sich im Aktionsbündnis für verantwortungsvollen AKW-Rückbau einige Aktive zusammen, u. a. auch Vertreter*innen des IPPNW, des BUND, der Energiegenossenschaft Otterndorf, der Grünen,
Ziel ist nach wie vor, „dass die Bevölkerung über alle Punkte aufgeklärt wird (mit dem Für und Wider der einzelnen Punkte) - ein Verfahren, in dem zwar Pläne ausgelegt werden, aber nur wenige Fachleute urteilen können, ist pseudo-öffentlich und pseudo-demokratisch."

Erörterungstermin wegen der Einwendungen
Nach den Einwendungen steht nun ein Erörterungstermin an, beim Zeitpunkt ist die Rede vom Sommer. Der Landkreis Steinburg/Schleswig-Holstein führt dieses Verfahren. Samtgemeindebürgermeister Harald Zahrte hat wegen der vielen Einwendungen von der südlichen Elbseite einen Antrag gestellt, dass neben Steinburg auch in Otterndorf ein öffentlicher Erörterungstermin stattfinden soll.